

UNIVERSITÄT

# Konkurrierende Luftschlösser



Auf der Foire des Etudes et des Formations

(Foto: Christian Mosar)

**Dass es universitäre Strukturen in Luxemburg geben soll, darüber herrscht Einvernehmen. Doch welche Art von Universität? Eng verknüpft mit dieser Frage ist auch die Wahl eines Standortes.**

Für oder gegen eine Uni in Luxemburg? Darüber wurde vor zehn Jahren noch leidenschaftlich diskutiert. Mittlerweile findet sich noch kaum jemand, der dazu ein klares Nein sagt. Seit vom Hochschulministerium ein Weißbuch mit recht gewagten Vorschlägen veröffentlicht wurde, dreht sich die Diskussion eher um die Frage, welche Art von Uni es denn sein soll. Bei einem Rundtischgespräch am vergangenen Sonntag in Esch gab es mindestens so viele Vorstellungen davon, wie es Gesprächsteilnehmer gab.

"Die Uni-Debatte in Luxemburg ist von Fantasmen geprägt. Die politisch fortschrittlichen Kräfte befürworten ein klassisches Modell, aber: Die klassische Universität ist eigentlich sehr konservativ", so Henri Wehenkel, "administrateur-délégué" des "Centre de Recherche Publique Henri Tudor" (CRP-HT). Ähnlich argumentiert üblicherweise das Hochschulministerium, von dem aus Zeitgründen kein Vertreter teilnehmen konnte.

André Hoffmann von "déi Lénk" dagegen kritisierte die rein utilitaristische Vorstellung von Hochschule, wie sie im Weißbuch vertreten ist: "In die Papiersammlung mit dem Weißbuch! Wir sollten nicht in eine Rentabilitätslogik fallen, sondern unsere Attraktivität als Kreuzpunkt der Sprachen und Kulturen betonen." Robert Garcia von "Déi Gréng" schließlich erneuerte seinen Vorschlag für eine Europäische Uni. Die würde sich weniger an den lokalen Bedürfnissen orientieren, als dass sie mit Europa-spezifischen Fachbereichen eine Nische besetzen würde.

Welcher Weg führt denn nun zu einer Uni? Das letztgenannte Projekt, ebenso wie die im Weißbuch glorifizierten Unternehmens-Universitäten, würden gewissermaßen Hochschulstrukturen nach Luxemburg importieren. Als Deportation hingegen bezeichnete Henri Wehenkel die Pläne der Regierung, das "Centre Universitaire Luxembourgeois" (Cunlux) nach Esch-Belval zu verpflanzen. In der Tat fühlt sich das Lehrpersonal dort überrumpelt, hat aber gleichzeitig Angst vor Uni-Projekten, die das Cunlux außen vor lassen würden. "Diese Vielfalt von Initiativen lenkt nur ab vom Ziel, das Bestehende auszubauen", so Raymond Bisdorff, Professor am Cunlux, gegenüber der WOXX.

## Weißbuch, Sch...buch

Für Aufregung sorgte die Flugblattaktion unzufriedener Studierender vergangene Woche am Cunlux. Auslöser: Mehrere ProfessorInnen, die seit drei Monaten auf ihren Arbeitsvertrag warten, hatten ihre Lesungen eingestellt. Dass auf die Aktion hin prompt das Unmögliche möglich wurde und die Verträge tags drauf unterschrieben waren, lässt darauf schließen, dass es derzeit die internen Reibun-

gen der Verwaltungs- und Finanzautonomie sind, die das Cunlux ausbremsen: "... cette indépendance a rapporté au Cunlux de nombreux problèmes ...", heißt es in einem Leserbrief der Studierenden des Fachs Anglistik. Es bleibt die Frage, ob die finanziellen Mittel überhaupt ausreichend sind. Germain Dondelinger, "professeur-attaché" im Hochschulministerium, sprach der WOXX gegenüber von einer geplanten Verdopplung der Studierendenzahlen bis 2005. "Dabei muss das Cunlux es dann fertigbringen, seine Mittel auf die Entwicklung bestimmter Bereiche zu konzentrieren," so der Berater der Ministerin.

Einer der Hauptgründe für die Suche nach einem neuen Standort für die Uni ist laut Weißbuch: "Le site actuel du Cunlux est saturé et n'offre plus assez d'espace pour y implanter un campus universitaire capable d'expansion." Michel Pauly, Professor am Cunlux, drückte beim Rundtischgespräch in Esch seine Zweifel aus, ob ein neuer Standort schnell genug verfügbar sei. "Zumindest provisorisch könnte das leerstehende Dominikanerinnenkloster auf Limpertsberg für universitäre Zwecke genutzt werden."

## Defilee der Standorte

Klar ist allerdings, dass Hochschulstrukturen in solchen eingegrenzten Arealen Gefahr laufen, aus praktischen Gründen bestimmte Labore und Fachbereiche geographisch auszulagern. Mit anderen Worten: Die kritische Masse von Studierenden und ForscherInnen, die für den Flair einer richtigen Uni nötig ist, kommt nicht zusammen. Das gleiche Problem stellt sich beim Standort "Terre rouge". Zwar gilt für beide der Vorteil, dass sie ans Stadtzentrum angebunden sind, doch für mehr als eine "City-Universität" reicht der Platz nicht aus.

Umgekehrt macht der Standort Belval nur Sinn, wenn dort ein universitäres Zentrum mit einer Öffnung auf die Großregion und das Wirtschaftsleben entstehen soll. Entscheidet man sich allerdings für ein solches ambitioniertes Projekt, so wird die geographische Lage "auf der grünen Wiese" kein Nachteil sein, denn die "Wiese" liegt, von weitem betrachtet, im Mittelpunkt der Großregion. Voraussetzung wäre natürlich, dass die raumplanerischen Hausaufgaben wie Transport-Anbindung an Esch und Luxemburg bewältigt würden. Und dass das Ministerium sich klar für ein breites Studienangebot aussprechen würde.

In den nächsten Wochen wird die Regierung die Weichen stellen müssen. Das Paradoxe daran ist, dass gerade die CSV, die keine "richtige" Uni will, das Belval-Projekt favorisiert, während ein Teil der Verfechter ambitionöser Uni-Projekte von "Terre Rouge" träumen oder an dem Limpertsberger Standort festhalten möchten.

Raymond Klein

## Cannabis-Konzertierung der Benelux-Grünen

Letzten Freitag fanden sich in Brüssel VertreterInnen von AGALEV-Ecolo, Groen-Links und "Déi Gréng" zusammen, um gemeinsam ihre Positionen in Sachen Cannabis der Presse vorzustellen: Hauptpunkt war dabei die Forderung nach Depenalisierung des Konsums von Cannabis. Während in den Niederlanden der persönliche Gebrauch, wenn nicht legalisiert, so doch seit Jahren toleriert ist, ist Luxemburg - auch mit dem für demnächst erwarteten neuen Gesetz - noch weit von einer solchen Praxis entfernt. In Belgien allerdings tut sich in diesen Wochen etwas: Während in der sozialistisch-liberal-grünen Regierung über die Depenalisierung gestritten wird, haben die belgischen Grünen nun einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, der Konsum und Verkauf reglementieren soll. Im Unterschied zum holländischen Modell der Coffeeshops wird hier an die Schaffung eines staatlichen Monopols zum Verkauf von Cannabis-Produkten gedacht, via sogenannte "officines". Dies sind reine Verkaufsstellen, konsumiert werden darf an Ort und Stelle nicht. Ob die Grünen sich durchsetzen können, scheint zurzeit fraglich: Ein Arbeitsdokument der Gesundheitsministerin, in dem von einer Freigabe von maximal 15 Gramm Cannabis die Rede ist, sorgt für heftige Diskussionen.

## Wirtschafts- und Kulturministerium im Clinch

Mitte Oktober verabschiedete die Regierung ein Gesetzesprojekt zur einheitlichen Regelung der "droits d'auteurs" im Kulturbereich. Dabei wurde auf Wunsch des Wirtschaftsministers eine Ausnahmeregelung für Geschäfte eingeführt, die Musik lediglich als Hintergrundberieselung abspielen. Diese Geschäfte sollen von einer Abgabe an die SACEM, die für Luxemburg die AutorInnenrechte verwaltet, befreit werden. In einem Schreiben an den Premierminister Juncker verlangte unlängst die Kulturministerin eine Nachbesserung dieses Gesetzes: Die Ausnahmeregelung sei unvereinbar mit internationalen Abkommen. Angesichts dieser "divergences de vues" zwischen beiden Ministerien verlangten jetzt die Oppositionsparteien LSAP und Déi Gréng in einem gemeinsamen (!) Schreiben, in der betreffenden Parlamentskommission die Argumente der Kulturministerin zu hören. Merkwürdig ist es schon, wenn RessortministerInnen bereits verabschiedete Gesetzesprojekt im Nachhinein ändern wollen.

## Kampf dem Alkoholmissbrauch

Im Rahmen einer diese Woche vom Gesundheitsminister lancierten Kampagne gegen Alkoholmissbrauch wartet die "Sécurité Routière" mit einer Reihe von Forderungen auf. So soll der erlaubte Promille-Gehalt im Blut nur noch 0,5 statt 0,8 betragen. Fahranfänger sollen gar nichts mehr trinken dürfen. Nach jedem Unfall soll ein Test auf Alkohol und andere Drogen gemacht werden. Der Verkauf alkoholischer Getränke an Tankstellen zwischen 22 und 6 Uhr soll verboten werden, bzw. soll hier der Konsum von Alkohol nur noch in der Verbindung mit einer Mahlzeit erlaubt sein. Diese auf Repression ausgerichteten Maßnahmen werden mit dem hohen Anteil, den Trunkenheit am Steuer bei den Unfallursachen einnimmt, begründet.

## Allons au contre-sommet à Nice

A l'occasion du sommet le 7 décembre à Nice, "Agir contre le chômage" (ACC) souhaite organiser un voyage pour y manifester. Des ONG et syndicats européens veulent organiser une "manifestation-monstre" le 6 décembre contre la charte qui doit être adoptée lors du sommet. ACC-Luxembourg propose d'organiser un déplacement collectif avec un séjour prolongé, si assez de participant-e-s s'inscrivent. Les intéressé-e-s peuvent contacter ACC: tél.: 265311752 ou 021 1881190, mail: acclux@internet.lu

